

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen schaffen – Ländlichen Raum nicht abhängen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. der überwiegende Teil der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns (60 Prozent) im ländlichen Raum lebt. Vor diesem Hintergrund ist das im Grundgesetz normierte Ziel zur Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen gerade für Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung.
2. insbesondere die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrar- und Küstenstruktur (GAK) unverzichtbar ist, um gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land zu etablieren und die soziale Stabilität in ländlichen Räumen zu sichern.
3. Finanzmittel der Europäischen Union, des Bundes und des Landes auf dem bisherigen Niveau erhalten bleiben müssen, um eine Stärkung der Wirtschaftskraft, die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Infrastruktur, die Versorgung mit ortsnahen Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie eine Verbesserung der Anbindung am öffentlichen Personennahverkehr zu ermöglichen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Landtag darzulegen, wie sich die beabsichtigte Kürzung der GAK-Mittel um 300 Millionen Euro auf die Entwicklung des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern auswirken wird.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die durch die Bundesregierung beabsichtigte Kürzung von GAK-Mitteln nicht umgesetzt wird.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Die GAK ist das wichtigste nationale Förderinstrument für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume. Bereits in diesem Jahr wurden die Bundesmittel gegenüber dem vergangenen Jahr um 190 Millionen Euro gekürzt. Aktuell ist seitens der Bundesregierung eine weitere Kürzung von mindestens 300 Millionen Euro geplant.

Die beabsichtigte Kürzung gefährdet dringend notwendige Investitionen im Landwirtschaftsbereich und führt zu Steigerungen der Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Gleichzeitig sollen Finanzhilfen für die Wiederaufforstung von geschädigten Waldflächen gekürzt werden.

Da in Mecklenburg-Vorpommern 90 Prozent des Landes unter die Raumordnungskategorie ländlicher Raum fallen und in diesen ländlichen Räumen ca. 60 Prozent der Bevölkerung wohnen, ist die beabsichtigte Kürzung der GAK-Mittel insbesondere für unser Land mit dramatischen Auswirkungen verbunden. Die Errichtung von Schulen, Kindertageseinrichtungen, die Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung oder der Flurneuordnung werden infrage gestellt.

Gerade ländliche Räume sind identitätsstiftend und können jungen Menschen und Familien Perspektiven bieten. Hierfür müssen insbesondere Mobilität und Erreichbarkeit, Nahversorgung, Gesundheit, Bildung, Kindertagesstätten und Horte sowie Kulturangebote verbessert werden. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer ausreichenden Finanzierung, die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln gespeist werden muss.